

Ausbildung statt Abschiebung (AsA) e.V.

Schirmherrin: Katja Dörner, Oberbürgermeisterin der Bundesstadt Bonn

Godesberger Straße 51 | 53175 Bonn
Tel: 0228 / 969 1816
Fax: 0228 / 965 9485
geschaeftsstelle@asa-bonn.org
www.asa-bonn.org



Anerkannter Träger der
freien Jugendhilfe

Positionspapier gegen die Abschottung Europas durch das neue GEAS

Am 8. Juni 2023 einigte sich der Rat der EU-Innenminister*innen auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Der seit zwei Jahrzehnten integrationsstiftend wirkende Verein Ausbildung statt Abschiebung e.V. möchte mit diesem Positionspapier ein Signal aussenden gegen die massiv drohende weitreichende Aushöhlung des Zugangs zu Asylverfahren in der Europäischen Union.

Wir hoffen, dass aus Bonn ein Weckruf ausgehen kann, der zumindest in Deutschland ein Einhalten und nochmaliges Nachdenken über die beschlossenen GEAS-Regelungen befördert.

Wir bei AsA e.V. sind nahezu ungläubig erschüttert über die Entscheidungen, die in Luxemburg vom EU-Innenrat getroffen wurden, um zu einem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem zu gelangen. Dass künftig ein erheblicher Teil der meist unter großen Gefahren bis zu den EU-Grenzen geflüchteten Menschen unter haftähnlichen Bedingungen wochenlang in Lagern interniert werden sollen und dass dies auch Familien mit Kindern nicht ausnimmt, ist breit berichtet und den bezweifelbaren Entlastungen für die Außengrenzstaaten gegenübergestellt worden.

Aber der Kern dieser Bankrotterklärung einer menschenrechtskonformen Asylpolitik wurde in der oft oberflächlichen Medienberichterstattung gar nicht benannt. Denn der Teufel (durchaus im Wortsinn!) steckt hier im kleingedruckten Detail: Was in Luxemburg beschlossen wurde, hebt die Genfer Flüchtlingskonvention komplett aus.

Zum einen, weil das Konzept der sicheren Drittstaaten (also Transit- nicht Herkunftsländer), die neue Dominante in den an die Außengrenze verlagerten Entscheidungsprozessen werden soll. Zum anderen, weil die bislang erforderlichen „Verbindungselemente“ (mehr dazu in der [Stellungnahme](#) von MdEP Erik Marquardt) zu diesen Drittstaaten, im Ratsbeschluss ins Unverbindliche abgeschwächt wurden, sodass künftig die Grenzschutzbehörden der EU-Außengrenzstaaten (also v. a. Polen, Italien, Griechenland und Spanien) hier eigenmächtig handeln können – ohne Widerspruchsmöglichkeit.

Ausbildung statt Abschiebung (AsA) e.V.
Godesberger Straße 51 | 53175 Bonn
Geschäftsführender Vorstand: N. Clemens Wortmann,
Lioba Draeseke, Peter Grau
Geschäftsführerin: Johanna Strohmeier
Ehrevorsitzende: Karin Ahrens, Gisela Rubbert

Sparkasse KölnBonn
IBAN DE67 3705 0198 0000 062356
BIC COLSDE3
Steuernummer 206/5851/0502
Vereinsregister 20 VR 7938 3

Bei den angestrebten Grenzverfahren in Haftlagern am Rande Europas geht es nicht in erster Linie um eine Prüfung der Fluchtgründe, sondern vor allem darum, ob der Asylantrag überhaupt zulässig ist. Und er kann dann durch die EU-Grenzstaaten als unzulässig beschieden werden, wenn die Geflüchteten aus einem Drittstaat eingereist sind, der als sicher eingestuft wird. Das sind nach neuer EU-Lesart letztlich alle Transitländer an den EU-Außengrenzen mit Ausnahme von Libyen. Um die Abschottung perfekt zu machen, sieht das GEAS sogar vor, Teilgebiete von Staaten (zum Beispiel Westlibyen, Teile Syriens oder die Westukraine) als sicher einstufen zu können.

Das heißt, dass auch zweifellos politisch Verfolgte und solche Geflüchtete, die bisher zumindest subsidiären Schutz erhielten, weil sie in ihren Herkunftsländern großen Gefahren ausgesetzt sind (wie in Syrien, Afghanistan, Eritrea, Jemen oder Somalia) dann keine Chance mehr haben, in der EU um Asyl oder Schutz zu bitten. Dies wird auch viele unbegleitete minderjährige Geflüchtete betreffen, wenn sie ihr Geburtsdatum nicht nachweisen können.

Wir haben wirklich versucht zu verstehen, warum die hier federführenden Bundesministerinnen, zugehörig zu Parteien, die auch die Bonner Mehrheitskoalition mitprägen, diese Entscheidungen mitgetragen haben, obwohl selbst ihre Abschwächungen (Ausnahme für Familien mit minderjährigen Kindern, Festhalten an klar definierten Verbindungselementen zu den Drittstaaten) abgelehnt wurden. Es ist uns nicht mal ansatzweise gelungen. Man muss sich nur anschauen, welche Länder künftig als sichere Transitstaaten gelten sollen: Marokko, Algerien und Tunesien, Ägypten, Türkei und (kaum zu toppen!) Weißrussland. Und wer die Mehrzahl der EU-Länder regiert, die künftig die Haftlager betreiben sollen, in denen über die Zulässigkeit der Asylanträge entschieden wird: sei es in Italien, Griechenland oder Polen.

Bonn ist im September 2019 dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ für Geflüchtete beigetreten. Und wir bezeugen gerne, dass unsere Stadt dieses Bekenntnis auch gut mit Leben gefüllt hat. Wir appellieren deshalb eindringlich auch an die Kommunalpolitik, die Gefahren zu erkennen, die unserem gemeinsamen Anliegen drohen und in einer Form, die sie für geeignet hält, ihre Stimme deutlich zu erheben.

So können Sie direkt aktiv werden:

- Unterzeichnen Sie die [Petition](#) „Nein zu einem Europa der Haftlager für Flüchtlinge!“
- Schreiben Sie Ihren [Abgeordneten](#).
- Nehmen Sie an der Demonstration morgen **Mittwoch, dem 21.6. um 19 Uhr** auf dem Bonner Marktplatz teil.